für die
**volks-
macht**

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML)

Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7. Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2.

P. b. b. Verlagspostamt 1200 Wien
Erscheinungsort Wien

VRA*

Telefon 33 87 774
Zuschriften an: 1205 Wien, Fach 3

Als Leonid Breschnew vor Jahren von Frieden und Freundschaft sprach, da wußte man: Er will seine Panzerdivisionen in die Tschechoslowakei schicken. Was er dann auch tat. Und als Leonid Breschnew im vorigen Jahr eine Rekordernte prophezeite, da ahnten es die Kenner schon: Eine Mißernte stand bevor; nur durch gigantische Getreidekäufe im Ausland konnte in Rußland eine Hungersnot vermieden werden. Und kürzlich redete Breschnew – unter anderem – über seine außerordentlichen Erfolge im Wohnbau und über die Hebung des Wohnkomforts der arbeitenden Bevölkerung.

Unser Leser wird daraus schließen, daß es nicht nur mit Breschnews Landwirt- und Freundschaft, sondern auch mit seinem Bauprogramm mies aussieht. Womit der Leser recht hat. Und weil's der Zufall so will, daß es auch bei uns in Wien zu wenige und zu kleine Wohnungen gibt und außerdem nicht die Bedürftigen, sondern zuallererst die Protektionskinder eine Wohnung kriegen, deshalb kann sich unsereiner die Zustände in Moskau sehr anschaulich vorstellen. Hat aber eine Familie doch einmal das jahre- (oder gar jahrzehnte-)lange Warten hinter sich, dann bekommt sie als Draufgabe noch all die kleinen Unzukömmlichkeiten zu spüren, die eine hoffärtige, unabsetzbare Gemeindeverwaltung – egal, ob in Moskau oder Wien – dem gemeinen Volk offenbar als eine Art göttlicher Prüfung auferlegt. Etwa die schlecht schließenden vorgefertigten Fenster. Oder die falsch angebrachten Steckdosen. Oder die Wände, die so pappendeckeldünn sind, daß man aus der Wohnung des Nachbarn den undichten Wasserhahn tropfen hört. Schlimmer noch, so stellt die „Literaturnaja Gazeta" fest, ist's jedoch, wenn der Wohnungsschlüssel auch in die Schlösser der Nachbarwohnungen paßt. Warum letzteres so schlimm ist, verschwieg die Gazeta allerdings verschämt, sie hätte sonst gestehen müssen, daß nicht nur die Moskauer Ober-, sondern auch die Unterwelt westliche Sitten und Gebräuche übernommen hat. Einbruchsdiebstähle sind an der Tagesordnung.

Will sich der geplagte Wohnungsmieter nun das Schloß austauschen oder Wasserhahn und Fenster reparieren lassen, dann ist er auf die „Schabaschniki" angewiesen, auf die Pfuscher, die ihm gegen entsprechende Bezahlung helfen – ebenfalls mit gestohlenem Material, versteht sich. Ein Reporter der „Literaturnaja Gazeta" wollte es übrigens ganz genau wissen und begab sich deshalb in einen Neubau; an den Tatort sozusagen. Zu seinem Pech hielten ihn die dortigen Schabaschniki für einen in ihr Revier eingedrungenen Konkurrenz-Pfuscher, gaben dem Hausmeister ein Trinkgeld und ließen den vermeintlichen Konkurrenten hinausschmeißen. Womit bewiesen ist, daß Leonid Breschnew wieder einmal die Wahrheit gesagt hat, als er feststellte, daß Rußland mit den USA bereits gleichgezogen hat. Für Geschäftemacher ist das heutige Rußland tatsächlich schon ein Land der unbegrenzten Möglichkeiten. ●



Unbegrenzte Möglichkeiten

für die volksmacht

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten)

Einzelpreis S 3,–
Jahresabonnement S 30,–

Nr. 75 · Juni 1973

Es wäre völlig verkehrt,



hinter dem Trotzkismus eine revolutionäre Idee zu vermuten. Im Gegenteil. Manchmal steckt sogar die Polizei dahinter.

(Siehe unseren Bericht auf Seite 13)

Leserbriefe

Früher habe ich eigentlich nie so richtig den Sinn des 1.Mai begriffen. Erst die Diskussion mit Euch Genossen hat mir den Sinn des 1.Mai klargelegt. Und nur was man begriffen hat, kann man verstehen. Es gibt überhaupt nur die Möglichkeit, den Weg des Marxismus-Leninismus zu gehen. Entweder sich hundertprozentig für die Klasseninteressen der Arbeiter einsetzen oder resignieren.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit einen Gedanken äußern, der mir sehr gut erscheint. Gehen wir mit unserer Literatur auf die Straße. Wenn wir dabei nur zu zweit oder zu dritt sind, schaut das gar nicht schlecht aus. Wenn wir dazu den einen oder anderen Samstag verwenden, müßte das gehen. Vielleicht können wir auch von unserem Urlaub einen Teil dafür verwenden. Wichtig erscheint mir, von einem festen Platz aus, Literatur und Flugblätter an die Leute zu bringen, Ansprechbare mit marxistisch-leninistischer Literatur zu versorgen und Kontakte herzustellen. Ich habe da schon bestimmte Gebiete im Auge. Wie sich so etwas entwickelt, werden wir ja sehen. An den Kosten so einer Aktion werde ich mich beteiligen.

Überlegt das einmal in aller Ruhe und treffen wir uns dann einmal zu einer Besprechung.

R.T., Vorarlberg

Am 1.Mai wurde ich von einem Arbeitskollegen zur VRA-Kundgebung am Ring eingeladen. Für mich war es das erste Mal, daß ich an so einer Veranstaltung teilgenommen habe. Ich werde das nie bereuen. Ich habe dort Kollegen getroffen, Ärzte, Studenten usw. Die Diskussionen mit VRA-Genossen haben mich sehr beeindruckt und überzeugt. Spontan half ich mit, bei der Verteilung ihrer Mai-Aufrufe und der Kolportage ihrer Zeitung. Ich habe mir einige der Aufrufe heim nach Niederösterreich genommen. Dort habe ich sie an Bekannte weitergegeben und gesagt: "So etwas habt ihr bei uns noch nicht gelesen. Aber das ist die Wahrheit. Wenn ihr das gelesen habt, werdet ihr euch nicht mehr so leicht betrügen lassen." Sie haben gelesen und waren ebenfalls beeindruckt. In unsere Gegend ist so eine Schrift nämlich noch nie hingekommen.

Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer, und von diesem einen Flugblatt werden meine Freunde sicherlich noch nicht bewogen werden, ihr bisheriges Denken radikal zu ändern. Wenn ich aber ständig die Zeitung beziehe, werde erstens einmal ich mich ideologisch entwickeln und ihnen zweitens immer wieder neue Argumente bringen können.

Ich wiederhole aus vollem Herzen: Dieser 1.Mai hat mich sehr beeindruckt und für mich viel Überzeugungskraft ausgestrahlt. Ich wünsche dieser VRA viel Erfolg. Wo ich kann, werde ich sie unterstützen.

T.R., NÖ.

****



Vater Benya, der du thronst im Sozialpartnerschaftshimmel, gepriesen sei dein Name vom Management, zukomme uns dein rotes Reich, in dem die BAWAG nie untergeht, und dein Wille geschehe wie im ÖGB so auch im Betrieb.

Gib den Arbeitern und Angestellten ihre tägliche Durststrecke und uns die Risiko-Millionen und vergib uns durch Androsch unsere Steuerschulden, wie auch wir vergeben dir die Kantinen-Mitbestimmung durch den ÖGB-Betriebsrat.

Führe uns nicht in Versuchung, auf kriminelle rote Studenten zu hören und erlöse uns von dem Übel eines drohend aufziehenden Klassenkampfes durch Kreiskys transparente Demokratie, Dalmas ORF-Berichte und Staberls "KZ"-Absud. Bleiben wir Sozialpartner in Ewigkeit.

Mit diesem "Gebet" möchte ich nicht das "Vater unser..." verunglimpfen und auch keine Religion. Das liegt mir vollkommen fern. Ich bin für Jesus, welcher sagte: "Sammelt kein Kapital und tut Gutes." Mir erscheint es aber nach der Sitzung Kardinal-ÖGB im Gewerkschaftshaus als das geeignete neue "Unternehmer-Gebet".

Z.R., NÖ. ●

Politik aus der Froschperspektive



Wenn ein Mensch ein Problem behandelt, dann soll er nicht nur die einzelnen Teile, sondern das Ganze sehen. Ein Frosch sitzt in einem Brunnen und sagt: "Der Himmel reicht nicht über den Brunnenrand hinaus." Das ist unrichtig. Denn der Himmel beschränkt sich nicht auf jenes Stück, das die Brunnenöffnung freigibt. Hätte der Frosch gesagt: "ein Teil des Himmels ist so groß wie die Umrandung des Brunnens", dann wäre dies richtig. Denn dies stimmt mit den Tatsachen überein.

Dieses Beispiel gebrauchte Mao Tsetung einmal, um auf die richtige und falsche Denkweise der Menschen hinzuweisen. Dieses Beispiel ist mir im Zusammenhang mit den Unterschriftensammlungen eingefallen, die von diversen Personen und Gruppen veranstaltet werden, um damit gegen die "Politikerprivilegien" zu protestieren.

Pfründen – Privilegien

Es gilt festzuhalten, daß es in unserer kapitalistischen Gesellschaftsordnung (in den diversen schein"sozialistischen" Ländern wie Rußland, Jugoslawien, Polen usw. gilt das genauso, weil auch dort der Weg zurück zum Kapitalismus eingeschlagen wurde) nicht nur Privilegierte in der Politik gibt, sondern in allen gesellschaftlichen Bereichen wie Wirtschaft, Kultur, Bürokratie usw. Nicht nur politische Funktionäre werden je nach "Kaliber" und "Bedeutung" mit Privilegien und Pfründen überhäuft, sondern auch Kader der Wirtschaft, der Wissenschaft, der Gewerkschaftsbürokratie, der Militärbürokratie, des diplomatischen Dienstes, der Arbeiterkammer, der Gewerbekammer, der Bauernkammerbürokratie, kommen in den "Genuß" diverser Privilegien. Das sind Tatsachen, die wohl niemand bestreiten kann.

Verschleierung der Realität

Wenn nun diverse Personen oder Gruppen Unterschriftensammlungen "veranstalten", als Protest gegen die Politikerprivilegien, so dienen diese bewußt oder unbewußt e i n d e u t i g der Verschleierung der Realität, und die ist, daß es nicht nur die Politiker sind, die mittels Pfründen und Privilegien wie B l u t e g e l am Körper des werktätigen Volkes saugen, sondern daß es noch viele Schichten in unserer Gesellschaftsordnung gibt, die an der Ausbeutung der werktätigen Volksmassen, der Arbeiter, der kleinen und mittleren Bauern, der Handwerker, der werktätigen Intelligenz, teilhaben. Und ich kann nicht umhin, diesen "unterschriftensammelnden Protestierern" zu sagen (auch die revisionistische "K"PÖ-Führung veranstaltet u.a. in Wien eine solche Aktion und glaubt dabei, weiß Gott welche "revolutionäre Tat" zu vollbringen), daß "der Himmel nicht mit dem Brunnenrand endet" wie für unseren Frosch im Brunnenschacht. Diese Protestierer mit ihrer "Froschperspektive" können, wollen oder sollen wahrscheinlich gar nicht sehen, daß der "Privilegienhimmel" viel größer ist.

Ursachen der Pfründen und Privilegien

Es ist eindeutig unmarxistisch, wie die besagten Frösche den Teil des Himmels, den der Brunnenrand freigibt, allein "anzuquaken", d.h. nur gegen die Politikerprivilegien zu protestieren. Ein Marxist wird nämlich sofort versuchen, die Ursachen zu ergründen, die zu solchen Erscheinungen wie Privilegien führen. WARUM – WESHALB – WOZU, das sind die Fragewörter, die einem Marxisten geläufig sind oder zumindest sein sollen. Er wird fragen: Wo noch? Wer noch? Und immer wieder, WARUM – WESHALB – WOZU, bis er der Sache oder dem Problem auf den Grund gestoßen ist. Und bei dieser Politikerprivilegienproblematik wird er unwiderruflich darauf

stoßen, daß das kapitalistische Ausbeutersystem (genauso wie das scheinsozialistische revisionistische Ausbeutersystem) diese Privilegien und Pfründen abwirft (hervorbringt). Genauso, wie der Laubbaum im Herbst seine Blätter abwirft, um sich seinen Dünger zu bereiten.

Wo es Ausbeutung gibt, da gibt es Privilegien!

Es ist geradezu eine Gesetzmäßigkeit, daß es in einer Gesellschaft, in der es Ausbeutung gibt, Privilegien gibt und geben muß. Verschärft sich in einer Gesellschaft die Ausbeutung, so müssen sich notgedrungen auch die Privilegien verstärken und erhöhen. Es gibt keinen einfacheren "Gradmesser" für Ausbeutung in einer Gesellschaft - sei es eine Feudalgesellschaft, eine kapitalistische Gesellschaft, eine schein"sozialistische" Gesellschaft der Revisionisten - als den "Privilegiengradmesser". Das heißt, je mehr man in einer Gesellschaft Privilegien vorfindet, desto mehr gibt es in dieser Gesellschaft Ausbeutung. Das ist eine objektive Gesetzmäßigkeit.

Korrumpierung durch Pfründen und Privilegien

Es gibt in allen gesellschaftlichen Klassen und Schichten mehr oder weniger kritikfähige Menschen. Die jeweils herrschende Ausbeuterklasse ist sich dessen vollkommen bewußt. Deshalb wurde eine erprobte "Waffe" geschaffen, um zu verhindern, daß sich die "Kritikfähigkeit im allgemeinen" zur "Systemkritik im besonderen"weiterentwickelt. Diese erprobte Waffe ist die Korrumpierung dieser kritikfähigen Menschen in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen und Institutionen, wie z. B. Politik, Gewerkschaften, Arbeiterkammern, Bauernkammern usw., mittels fetter Pfründen und Privilegien. Nachdem nun diese kritikfähigen Menschen in den jeweiligen Bereichen, in denen sie wirken, meist die Sprecher diverser sozialer Schichten und Klassen sind - wobei deren Einfluß meist nicht unbedeutend ist - kann man ermessen, was es für die ausgebeuteten Volksmassen bedeutet, von diesen korrumpierten Elementen beeinflußt und "geführt" zu werden.

Für diese Elemente ist das jeweilige Ausbeutersystem selbstverständlich das "beste aller Systeme", das "freieste", das "demokratischeste", das "sozialste". Gewährt es ihnen doch Pfründen und Privilegien. Und diese Elemente werfen all ihren Einfluß, den sie auf die Volksmassen haben (noch haben) in die Waagschale, damit auch die Volksmassen das bestehende System als das "beste" erachten. Sie verwenden ihre gesamte Ausstrahlung und Rednergabe, all ihren politischen "Charme" und viel Demagogie, um die Verschleierung der jeweiligen Ausbeuterstrukturen aufrecht zu erhalten. Je größer diesbezüglich die Fähigkeiten dieser Politiker, "Arbeiterführer", "Bauernführer", Kulturschaffenden usw., umso mehr werden ihre Leistungen vom jeweiligen Ausbeutersystem honoriert und belohnt. Eben mit besagten Privilegien und Pfründen.

Politische Quacksalber

Um auf den Kern der Problematik zurückzukommen, daß diese "Unterschriftenaktionen" bezüglich "Politikerprivilegien" absolut aus einer "Froschperspektive" gemacht werden beziehungsweise die Menschen auf eine solche ausrichten sollen. Es ist billigste politische Quacksalberei (Reformismus), nur auf einen winzigen Teilbereich der "Krankheit des Systems" hinzuweisen und diesen Teilbereich "kurieren" zu wollen. Es wäre dasselbe, wenn ein Arzt einem Kranken, der am ganzen Körper einen Ausschlag hat, auf dessen kleinen Finger ein Heftpflaster anbringt und dadurch hofft, den Patienten zu heilen. Wenn der Arzt nicht die Ursache des Ausschlages ergründet, wird er nie den gesamten Ausschlag heilen können. Auf unseren konkreten Fall übertragen ist die Ursache der (Privilegien-)Krankheit das kapitalistische Ausbeutersystem bei uns in Österreich.

Wenn man aber nicht die Ursache der Krankheit beseitigt, so wird man den Patienten nie heilen können. Quacksalber können bestenfalls die Schmerzen des Patienten lindern. Heilen kann nur der wirkliche Arzt, und das ist derjenige, der die Krankheit von der Wurzel her heilt, der die Ursachen der Krankheit erforscht, erkennt, um dann die richtige Medizin zu verschreiben.

Solche Quacksalber sind die Reformisten aller Schattierungen, und der wirkliche Arzt, das ist der wahre Revolutionär.

Aktionen wie die Unterschriftensammlungen im Zusammenhang mit den Politikerprivilegien sind nichts anderes als politische Quacksalberei - Reformismus! Zu nichts anderem gut als zur Verschleierung der wahren Zustände, das heißt der Ausbeutungsverhältnisse.

K. G., Kärnten ●

Ein feiner Herr aus Rußland und unsere „Sicherheit“



Im März-Mitteilungsblatt der Österreichisch-Sowjetischen Gesellschaft wird angekündigt, daß über Einladung eben dieser Gesellschaft der russische Professor Achtamsjan nach Österreich kommt. Er wird hier einige politische Vorträge halten. Das wird in "würdigem" Rahmen geschehen. Nämlich vor dem erlesenen Publikum des großbürgerlichen Rotary-Clubs, der Diplomatischen Akademie etc.

Das Thema seiner Vorträge werden die russische Außenpolitik und die "europäische Sicherheit" sein. Was in Moskau darunter verstanden wird und was für Gefahren für die Völker dahinter stecken, habt Ihr ja schon einige Male richtig dargestellt. Von dieser Warte aus gesehen ist es gut, daß die Vorträge dieses Professors nicht vor Arbeitern abgehalten werden. Denn es ist gefährlich genug, wie die Revisionistenführer mit sozialistischen Phrasen die Hirne der einfachen arbeitenden Menschen zu vergiften suchen. Andererseits bestätigt sich aber die Tendenz der zunehmenden Ausrichtung der höheren Kaste auf die sozialimperialistische Ideologie.

J. A., Wien ●

****

Perspektiven

Ich komme zur Einsicht, daß Ihr alle Möglichkeiten abgewogen habt und den realistischesten Weg geht. Ihr beschäftigt Euch auch schon längere Zeit mit dem Marxismus-Leninismus. Sehr durchdacht sind die "Perspektiven" in der letzten Nummer der "Volksmacht". Der darin enthaltene Grundgedanke ist großartig, nämlich daß der Angelpunkt in der Unzufriedenheit der Arbeiterschaft, der unteren Angestellten und der öffentlichen Bediensteten mit der verräterischen SPÖ-Führung liegt. Eine Spaltung innerhalb der breiten Bevölkerungsschichten, die der SPÖ nahestehen, ist möglich und ergäbe eine ausgezeichnete revolutionäre Basis.

Ich lehne den bürokratischen Kapitalismus (den sozialen Träger der SPÖ- und "K"PÖ-Politik) kompromißlos ab. Die Chance unseres Landes liegt darin, daß sich die arbeitenden Menschen den Marxismus-Leninismus und die Maotsetungideen aneignen, so daß die sozialistische Revolution durchgeführt werden kann.

Ich möchte Euch weiterhin unterstützen. Jetzt habe ich auch etwas mehr Zeit dazu. Wie ich die Sache einschätze, sollte man verstärkt Plakat- und Flugzettelaktionen starten. Da habe ich Erfahrung. Es wäre sicher gut, wenn jedem ein bestimmtes Gebiet zur Bearbeitung zugeteilt würde.

Es wäre auch folgendes zu überlegen: Spricht man mit Arbeitern, so ist vielen klar, daß die SPÖ-Führung die Interessen der Arbeiterschaft verrät. Aber, so argumentieren sie, die Kommunisten würden uns doch "alles wegnehmen". Sollte man daher nicht in unseren Propagandaschriften herausstreichen, daß im Sozialismus - wie es doch auch unseren bekannten Grundsätzen entspricht - die Werktätigen ruhig ein eigenes Haus oder eine Eigentumswohnung für den Bedarf ihrer Familie behalten können? Die proletarische Forderung nach Aufhebung des Privateigentums betrifft doch etwas ganz anderes, nämlich die Produktionsmittel und die kapitalistischen Millionäre! Der Sozialismus soll ja den breiten Bevölkerungsmassen etwas bringen und nicht nehmen! Das muß man mehr herausstreichen. Wenn einmal die Volksmacht installiert ist, dann wird sich zwangsläufig auch eine andere Einstellung der Werktätigen zu Geld und Besitz ergeben.

E.B., Vorarlberg ●

„Wilder“ Streik in Antwerpen

Seit sechs Wochen streiken die Hafenarbeiter der großen belgischen Hafenstadt Antwerpen. Die Empörung der Streikenden nimmt ständig zu, weil die Gewerkschaften ihre gerechten Forderungen als "übertrieben" bezeichnen und außerdem kalt erklären, daß die Forderungen der Hafenarbeiter die "soziale Programmation auf den Unternehmer" stören würde.

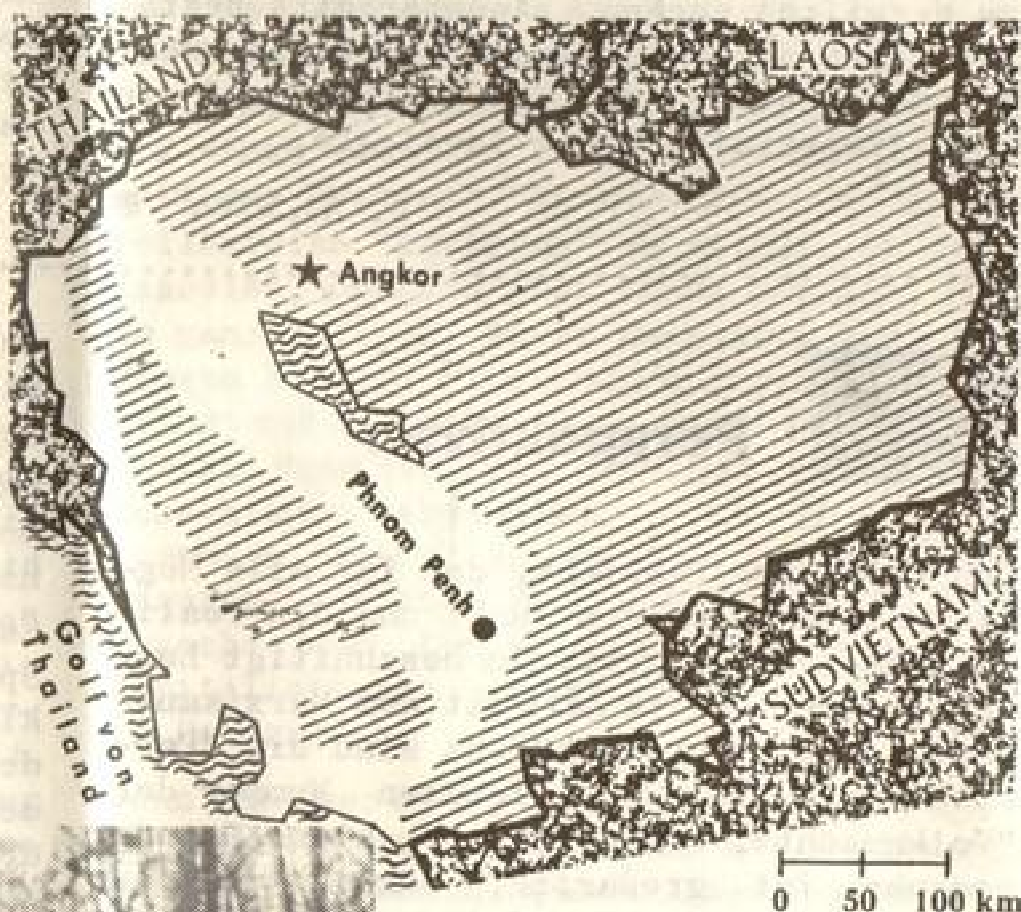
Es ist daher kein Wunder, daß die Streikenden Protestmärsche gegen die Gewerkschaftsführung durchführen. Wie eigentlich nicht anders zu erwarten war, ließen und lassen sich die Gewerkschaftsbonzen von riesigen Polizeiaufgeboten vor den Arbeitern beschützen. Mit Knüppeln und ähnlichen "Argumenten" der Polizei wurde den Hafenarbeitern klargemacht, daß die Gewerkschaftsführung auch ein entscheidender Teil der Kapitalistenherrschaft ist.

Übrigens wehrten sich die Arbeiter erfolgreich gegen die Angriffe der Polizei, wobei die Arbeiterfrauen, mit Regenschirmen bewaffnet, tatkräftig mithalfen, den Polizisten eine saftige Abfuhr zu erteilen. ●

Wo ist der russische Botschafter?

Beim Bürgermeister von Phnom Penh

Phnom Penh, die belagerte Hauptstadt des Lon-Nol-Regimes, ist von der Umwelt fast völlig abgeschnitten. Banken und Bordelle, die heiligsten Güter des „american way of life“, sind von Stacheldraht umgeben. Aha, dachte deshalb der Korrespondent der „Süddeutschen Zeitung“, die Stadt rüstet sich gegen den Angriff der Kommunisten.



Die befreiten Gebiete Kambodschas sind schraffiert gezeichnet. Wobei wir hinzufügen müssen, daß diese Karte bereits Monate alt ist und sich die befreiten Gebiete seither wiederum vergrößert haben.



(2) (3) (1) (4)

Norodom Sihanouk (1) mit seiner Frau (2), der Oberbefehlshaber der Volksstreitkräfte Khieu Samphan (3) und der Informationsminister der Regierung der Nationalen Union (4). Auf dem durch Kugeleinschläge beschädigten Kilometerstein steht: Phnom Penh 525 Kilometer. Aber so weit ist es gar nicht mehr bis Phnom Penh. Die Angriffsspitzen der Volksstreitkräfte („Rote Khmer“) sind inzwischen bis auf 3 Kilometer an die Hauptstadt herangekommen.

Doch er hatte falsch gedacht. Der Portier seines Hotels, ein junger Mann mit Schnellfeuergewehr, erklärte ihm, Stacheldraht und Schnellfeuergewehr seien vielmehr da, um die eigene marodierende Soldateska abzuschrecken. Zu mehr als zum Plündern und Brennen taugt die Armee des Generals Lon Nol nämlich nicht; den Kampf gegen die Roten Khmer überläßt sie vorwiegend den amerikanischen Bomberpiloten. Dabei beginnt das Ubel bereits damit, daß niemand so recht weiß, wieviele Mann denn nun eigentlich untor Waffen stehen. Bis vor kurzem bezahlte Nixon brav den Unterhalt für eine Viertelmillion Soldaten, inzwischen ist er aber draufgekommen, daß mindestens 100 000 davon nur auf dem Papier vorhanden waren – eine Geisterarmee, deren Sold jahrelang in die Taschen hoher Offiziere floß.

Bedenkt man, daß unter den nunmehr offiziell 150 000 Soldaten weitere zigtausend „Geister“ sind (weil sich Bataillonskommandeure hartnäckig weigern, ihre Mannschaften zählen zu lassen), daß sich immer mehr 10- bis 15jährige Buben unter den Uniformierten befinden (weil sich Kinder genauso gut wie Erwachsene als Kanonenfutter eignen, jedoch keinen Sold bekommen, sondern sich mit einem Taschengeld abspeisen lassen), daß westliche Diplomaten die wirkliche Kampfkraft auf nur 50 000 Mann schätzen und daß die Nixon-Verwaltung jährlich umgerechnet fünfeinhalb Milliarden Schilling als Militärhilfe nach Phnom Penh pumpt, dann steht zweifelsfrei fest, daß die Lon-Nol-Armee die kostspieligste Räuberbande der Welt ist.

Aber Nixon spendete ja nicht nur Geld, sondern auch Waffen für eine Viertelmillion Mann. (Das Geld liegt inzwischen wohl auf den Schweizer Konten von Lon Nol & Co.) Was taten die hohen Offiziere jedoch mit dem überzähligen funkelnagelneuen Kriegsgerät? Nun, sie bewiesen ihre Geschäftstüchtigkeit, indem sie die Waffen verkauften – an ihre Feinde, die Roten Khmer! Und weil den Roten Khmer auch sonst recht häufig – unbezahlte – Beutewaffen in die Hände fallen, so besteht in Kambodscha jetzt die groteske Situation, daß die Volksstreitkräfte drauf und dran sind, die Lon-Nol-Truppen buchstäblich mit deren eigenen Waffen zu schlagen. Ubrigens: Die „Volksstimme“ behauptet gern und oft, die Befreiungsbewegungen „in aller Welt“ bekämen russische Militärhilfe. Der Wahrheitsgehalt dieser Behauptung läßt sich im Fall Kambodscha leicht überprüfen. Verließen sich dort die kommunistischen Guerillas tatsächlich auf Breschnews Hilfe, dann hätten sie nicht einmal Astgabeln für Steinschleudern, von Gewehren und Kanonen gar nicht zu reden. Außerdem findet Breschnew den Putschistengeneral Lon Nol durchaus in Ordnung, und deshalb sitzt sein Botschafter auch in Phnom Penh und anerkennt das US-hörige Regime ganz offiziell als die einzige wahre, legale Regierung Kambodschas. Na ja, und weil in einer belagerten Stadt der Gesichtskreis ein bisserl eingeengt ist, darum hat der russische Botschafter noch nicht bemerkt, daß schon neun Zehntel des Landes befreit sind und Norodom Sihanouk und seine „Exilregierung“ unter anderem auch bereits in der uralten Khmer-Hauptstadt Angkor getagt haben.



Da der Dollar rollt und Amerika jedes Defizit begleicht, entwickelt sich in Phnom Penh eine merkwürdige Sumpfblütenwirtschaft, die sich in den Statistiken als Boom ausnimmt. Die Banken haben während der letzten 12 Monate ihre Rendite verdreifachen können, dank der saftigen Importgeschäfte, die sich mit den Dollarzuschüssen machen lassen.

Von diesem Regime, das weder zum Kriegführen noch zum Friedenschließen taugt, kann nicht erwartet werden, daß es die Korruption ernsthaft bekämpft. Marschall Lon Nol hat Wichtigeres zu tun. Vor einiger Zeit erließ er ein Dekret, demzufolge jeder, der lebende Hasen verkauft, als Vaterlandsverräter vor Gericht gestellt wird. Der Grund für diese etwas verblüffende gesetzgeberische Maßnahme ist in der übersinnlichen Veranlagung des Marschalls zu suchen. „Innere Stimmen“ hatten Lon Nol einen Geheimplan der Rebellen verraten: die Kommunisten hätten vor, kleine Plastikbomben an den Rücken der Hasen zu befestigen, um diese dann in die Regierungsgebäude hineinzutreiben.

(„Süddeutsche Zeitung“ vom 5./6. Mai 1973)

Auch die diplomatische Anerkennung seitens seiner revisionistischen Freunde kann den „Präsidenten“ Lon Nol jedoch nicht mehr retten. Selbst der eingangs erwähnte Korrespondent der „Süddeutschen Zeitung“, ein ansonsten ernster konservativer Mann, konnte sich angesichts der tristen Lage nämlich die Bemerkung nicht verkneifen: „Wenn die Rebellen noch etwas Territorium erobern, wird sich der Präsident Kambodschas bald nur noch Bürgermeister von Phnom Penh nennen dürfen.“ ●

Die proletarische Politik hat das Kommando!

Aus den Erfahrungen der Betriebsarbeit der VRA

Genosse H. W., ein führendes Mitglied der VRA, ist kürzlich zum Obmann des Arbeiterbetriebsrats einer mittelgroßen Speditionsfirma wiedergewählt worden. Wir baten ihn, unseren Lesern einiges aus seinen Erfahrungen im betrieblichen Kampf mitzuteilen. Das Gespräch fand in der ersten Aprilhälfte statt. Der jüngste gewerkschaftliche Lohnabschluß im Transportgewerbe (mit Wirkung vom 30. April), der keine echte Lohnerhöhung, sondern bestenfalls eine nachträgliche Teuerungsabgeltung für den 1972 erlittenen Reallohnverlust brachte, konnte daher hier noch nicht berücksichtigt werden. Wir werden das Betrugsmanöver der reaktionären Gewerkschaftsbürokratie demnächst ausführlich beleuchten. Die Redaktion

Frage: Wie bist Du wieder zum Betriebsratsobmann gewählt worden?
Antwort: Ich bin schon 18 Jahre in diesem Betrieb. Da hat man eben mit der Zeit durch sein Auftreten, durch seine konsequente Haltung das Vertrauen der Kollegen erworben. Sie sehen doch, daß man es im Grunde immer richtig macht, daß man politisch glaubwürdig ist. Sonst wäre es nicht möglich gewesen, die Revisionistenorganisation im Betrieb zu zerschlagen. Vor einigen Jahren waren die "K"P-Revisionisten noch sozusagen "allmächtig" im Betrieb. Der Betrieb gehört ja zum mächtigen Osthandelskonzern des Höchstädtplatzes. Jetzt aber? Bei den letzten Wahlen haben sie gar nicht mehr daran denken können, eine eigene Liste aufzustellen. Natürlich war das ein jahrelanger schwerer, zäher Kampf, bis es so weit gekommen ist. Die revisionistischen Betriebsleiter wissen ganz genau, daß unsere Propaganda gewirkt hat, daß sich dadurch die Arbeiter der ausschlaggebenden Rolle der politischen Macht bewußt geworden sind. Und die politische Macht im Betrieb ist heute die VRA. Die Revisionisten haben keinen Rückhalt mehr bei den Leuten. Das wissen sie. Und das muß man sehen, wenn man das Ergebnis der Betriebsratswahlen verstehen will. Die Revisionisten der "K"PÖ haben praktisch niemanden mehr im Betrieb, der wirklich für sie einsteht. Einige, die man noch nennen könnte, sind im Herzen auch nicht mehr bei den Verrätern. Ich habe zwar noch so manche Auseinandersetzungen mit ihnen, aber sie lesen unsere Zeitung und machen sich Gedanken. Im großen und ganzen kommt es eben darauf an, die Kollegen in den Klassenkampf zu führen.

Wenn man mit den Kollegen diskutiert, wenn man gemeinsam mit ihnen den Kampf um die Macht im Betrieb führt und ihnen zeigt, daß mit der betrieblichen Macht im tagtäglichen Kampf etwas erreicht werden kann - und das ist x-mal praktisch bewiesen worden -, dann wird man für die Leute glaubwürdig, und sie erreichen ein höheres Niveau des Klassenbewußtseins.

Ich diskutiere mit meinen Kollegen über alle Fragen und bei jeder Gelegenheit, buchstäblich jeden Tag. Das wird einem ja durch die Widersprüche im täglichen Produktionsablauf aufgezwungen.

Frage: Worüber gibt es z.B. jetzt Diskussionen im Betrieb?

Antwort: Ich habe gestern beispielsweise von Kollegen einzelner Abteilungen eine Forderung überreicht bekommen, unabhängig von den laufenden Lohnverhandlungen der Gewerkschaft, eine einmalige Teuerungsabgeltung durchzusetzen. Darüber wurde schon lange diskutiert, und der Betriebsrat hatte vorgeschlagen, 1.000 Schilling fürs erste Halbjahr zu verlangen. Dann lief eine Umfrage durch die Belegschaft, und eine Vollversammlung soll auf Grund der Äußerungen der Kollegen den endgültigen Beschluß fassen. Bei dieser Umfrage ergab sich nun, daß die Kollegen diesen geforderten Betrag als zuwenig betrachten. Da hat mir z.B. ein Mitglied des Betriebsrates gesagt, die Leute seien alle dagegen, daß wir nur 1.000 Schilling fordern. Sie stellten sich mehr vor. Na ja, habe ich erwidert, das wäre ja recht schön. Wir hätten durchaus das Recht, in der Stunde so viel zu verdienen, wieviel ein Kilo Fleisch kostet, so wie das in der schlechten Zeit der Fall war. Das würde heute einen Stundenlohn von 60 Schilling bedeuten. Dann hätten wir erst erreicht, was wir in der schlechten Zeit gehabt haben. Was hast du denn, frage ich den Betriebsratskollegen, den Leuten zur Antwort gegeben? 1.000 Schilling - das ist zu wenig; natürlich, das sagt ein jeder. Wie führt man aber den Kampf, damit man auch mehr erreicht? Und das ist eine Frage, die nur durch die proletarische Politik beantwortet werden kann.

Wie ist es denn überhaupt mit unseren Lohnforderungen? Was wir erreichen, wird uns doch durch die Inflation und andere Anschläge der Unternehmer wieder weggenommen. Seit Dezember ist ja unser Realeinkommen um ca. 300 bis 400 Schilling weniger geworden. Immer werden wir draufzahlen, egal, was wir erreichen. Es ist doch immer nur Betrug. Und ich sage dem Kollegen: Wenn du nicht imstande bist, die Politik in den Vordergrund zu stellen, wenn du nicht imstande bist, den Leuten zu erklären, warum ihnen mehr für ihre Arbeit zusteht, dann erreichen wir nichts anderes, als daß wir den "sozialen Frieden" - zum Wohle der Kapitalisten, versteht sich! - herstellen, ganz im Sinne der "Sozialpartnerschaft". Die Kollegen werden aber politisch nicht um einen Schritt weiter kommen, also faktisch der Ausbeutung und dem Betrug nach wie vor wehrlos ausgeliefert sein! So sind eben unsere Diskussionen tagtäglich.

Frage: Und wie geht das jetzt weiter?
Antwort: Nun, Montag ist Betriebsratssitzung, dann findet die Vollversammlung der Belegschaft statt, auf der sich jeder äußern kann. Unsere Aufgabe als revolutionäre Arbeiter, als Marxisten-Leninisten, ist es eben, den Kollegen aufzuzeigen, daß sie Opfer des bestehenden Ausbeutersystems sind, daß die Ausbeutung immer größer wird auf Grund der ganzen Entwicklung der Wirtschaft, darunter der Steuerpolitik mit dem Betrug von einer "großen Lohnsteuerreform". Wir müssen zeigen, wer die Politik macht und was der Kapitalismus ist, daß wir in diesem System nichts zu erhoffen haben als einen endlosen Kampf um höhere Löhne gegen die steigenden Preise, weil das eben im Wesen dieses Systems liegt.

Frage: Verstehen deine Kollegen diese - gewiß entscheidende - politische Argumentation?
Antwort: Freilich. Es ist ja auch kein Zufall, daß die Leute viel bewußter als früher die VRA-Zeitungen kaufen.

Frage: Wieviel Exemplare werden bei euch vertrieben?
Antwort: Nun, zwanzig Stück "Für die Volksmacht" kolportieren wir allmonatlich. Das hat sich schon so eingebürgert, daß ein Teil davon nicht mehr einfach verkauft wird, sondern bereits für eine längere Frist vorausbezahlt ist. Ja, es kommt jetzt häufig vor (was es früher nicht gegeben hat), daß die Leute einen direkt fragen: "Na, was ist? Wann kriegen wir die neue Nummer der Zeitung?" Und so ähnlich. Das sind zweifellos Fortschritte. Das politische Bewußtsein der Arbeiter beginnt sich zu heben. Dennoch ist das ein langwieriger, zäher Kampf, ein tagtägliches Ringen um Aufklärung der Arbeitskollegen.

Frage: Wie steht es allgemein mit betrieblichen Forderungen? Gibt es da Kämpfe?
Antwort: Ausschlaggebend ist, daß die Kollegen bei uns genau wissen, daß sie durch ihren Kampf - und nur durch Kampf! - tatsächlich etwas erreichen können. Sie wissen eben bereits aus der Praxis, daß der Unternehmer der Schwächere ist. Sie verstehen ausgezeichnet, daß der Unternehmer angewiesen ist auf die knapp angebotene Arbeitskraft. Es ist erfreulich zu sehen, daß die Leute die Konjunktur auszunützen verstehen, um eine finanzielle Besserstellung für sich zu erreichen, das heißt, den Kampf aufzunehmen bereit sind, um ihre Arbeitskraft entsprechend der Konjunktur etwas teurer zu verkaufen. Was natürlich nicht bedeutet, daß die Ausbeutung, d.h. der Unterschied zwischen dem durch die Arbeit geschaffenen Wert und dem für die verkaufte Arbeitskraft erhaltenen Preis (=Lohn) verschwinden würde, der durch unbezahlte Arbeit geschaffen wird!

So diskutieren wir mit einem jeden über alles, was er am eigenen Leib erfährt, in jeder Frage (wie dies ja auch in der Neun-Punkte-Erklärung der VRA gefordert wird). Das wichtigste in unserer Praxis ist, daß wir den Kollegen immer das Politische an der Sache klarmachen. Jede Frage muß politisch erklärt werden. Dadurch kommen wir langsam weiter. Ohne das wäre jede Betriebsarbeit sinnlos.

Ich habe vor der Wahl betont, daß ich nicht bereit sei, ein Betriebsratsmandat zu übernehmen, damit die Kollegen glauben, es würde ihnen immer besser gehen, das System wäre eh' "Leiwand", man könnte alles erreichen, was man braucht. Nein, zu so einem Schwindel wäre ich nie bereit! Sonst stünde ich ja auf dem Standpunkt des sogenannten "Mitbestimmungsrechtes", das doch nur dazu dient, die letzten Betriebsräte, die noch Arbeiterinteressen vertreten wollen, für die Unterstützung des Ausbeutersystems einzuspannen, als Werkzeuge der Unterdrückungsmaschinerie auszunützen. Nach diesem von den Kapitalisten und ihren Handlangern ausgeklügelten Schema sollen

nämlich die Betriebsräte "im Namen der Wirtschaftlichkeit des Unternehmens" den Leuten einreden, daß keine Lohnforderungen gestellt werden dürfen, weil, in dem einen Fall, eine "Flaute" herrsche, oder, in einem anderen Fall, das Unternehmen bei steigenden Lohnkosten "nicht konkurrenzfähig" sein würde usw. Also: Die Betriebsräte sollen sich um das "Florieren" des Unternehmens kümmern, d.h. darum, daß möglichst viel Profit aus den Arbeitern geschunden wird. Zu so etwas würde ich mich doch als Marxist-Leninist nie hergeben.

Um nochmals auf deine erste Frage zurückzukommen: Ja, wir haben die Wahlen gewonnen, und zwar sehr leicht. Aber es ist mir gar nicht so recht, daß wir gegen keine echte politische Opposition anzukämpfen hatten. Wie gingen denn die Wahlen in der Praxis vor sich? Wir haben schon vor einiger Zeit in unserem Betrieb eingeführt, daß den Arbeitern nicht irgendwie von außen oder von "oben" zusammengestellte Listen für die Betriebsratswahl vorgelegt werden, sondern daß jede Abteilung frei ihre Kandidaten für die Betriebsratswahl nominiert, die dann in geheimer Abstimmung zu wählen sind. Die Leute sollen wirklich von sich aus bestimmen, wer sie gegenüber dem Unternehmer zu vertreten hat, und nicht irgendeine Liste - sei sie noch so gut gemeint - faktisch aufgezwungen bekommen; umsomehr dann, wenn es, wie bei der letzten Wahl, gar keine Gegenliste gibt. Die revisionistische "Gewerkschaftliche Einheit" hat, wie gesagt, diesmal nicht einmal den Versuch gemacht, eine solche Gegenliste aufzustellen.

Frage: Auch für den Angestelltenbetriebsrat?

Antwort: Auch hier wurden die Kandidaten von den Kollegen selbst aufgestellt. Der Obmann des Angestelltenbetriebsrates ist aus der revisionistischen "K"PÖ ausgeschlossen worden. Im allgemeinen gibt es schon zwischen uns eine gewisse Zusammenarbeit im tagtäglichen Klassenkampf und auch in manchen politischen Fragen eine einheitliche Auffassung.

Welche tiefen Wurzeln unsere politische Arbeit im Betrieb schon geschlagen hat, dafür einige Beispiele:

Ich habe da mit einem Kollegen gesprochen, der regelmäßig unsere Zeitung gelesen hat, aber vor einiger Zeit aus dem Betrieb ausgeschieden ist. Er hat irgendwo im 1o. Bezirk einen Posten angenommen, ist jedoch momentan arbeitslos. Er ist noch immer bei der sogenannten "K"PÖ, hat aber schon reichlich genug von ihnen und erkennt immer deutlicher den revisionistischen Verrat dieser angeblichen "Arbeiterpartei".

Es ist so, daß zu mir in den Betrieb oft Leute kommen, die längst nicht mehr bei uns arbeiten. Und zwar nur aus politischen Gründen kommen sie: weil sie sich mit uns über aktuelle Fragen aussprechen oder die neuesten Nummern unserer Zeitung holen wollen. Sie haben eben in der Praxis erfahren, daß wir recht haben, und wollen sich mit Vertretern der VRA beraten.

Es gibt auch andere Beispiele: Ein junger Arbeiter, den ich vorher nicht gekannt hatte, ist vorbeigekommen und hat die vor unserem Betrieb an der Wand angeschlagene "Volksmacht" gesehen. "Wo kriegt man diese Zeitung?" fragte er einen Arbeiter. "Nun, bei unserem Betriebsrat", antwortete dieser. Und er kam tatsächlich zu mir und kaufte die neueste Nummer. So spielt sich das eben ab.

Frage: Das, was du erzählst, ist doch gerade die Betriebsarbeit, wie sie unserer Neun-Punkte-Erklärung entspricht. Wie, glaubst du, soll man deine ausgezeichneten Erfahrungen verallgemeinern, also den anderen Genossen zur Nutzanwendung in ihren Betrieben vermitteln?

Antwort: Ich denke, es kommt darauf an, solche Erfahrungen zusammenzufassen und zu studieren. Die Genossen müssen dann selbst urteilen, wie sie das Allgemeingültige an diesen praktischen Erfahrungen für ihre Arbeit, in ihrem Betrieb anwenden können.

Es kommt doch letzten Endes darauf an, daß die arbeitenden Menschen erkennen, daß eine Lösung ihrer Probleme nur durch den Sturz des kapitalistischen Systems zu erreichen ist.

Wenn ich z.B. mit einem Kollegen diskutiere, der sich ein Eigenheim baut, dann frage ich ihn: "Hast du auch ein anständiges Fundament gebaut?" Er antwortet: "Freilich habe ich das." Ich sage: "Nein, dieses Fundament ist viel zu schwach. Das Fundament hat nur einen Sinn, wenn es für alle Menschen Sicherheit gibt. Bei einem Krieg, zu dem der Imperialismus von Natur aus treibt, ist dein Häuserl futsch. Bei einer Wirtschaftskrise, die der Kapitalismus zwangsläufig früher oder später mit sich bringt, kannst du über Nacht alles verlieren. Baust du für deine Kinder?

Ein Leserbrief

Ihr schreibt in Eurer Betrachtung "Was sagen die Arbeiter zur Politik?" ("Für die Volksmacht" Nr. 72, S.8): "Diese (die klassenbewußten - d.Red.) Arbeiter müssen notwendigerweise zur Erkenntnis kommen, daß die Diktatur des Kapitals und seiner Handlanger gestürzt und die Volksmacht errichtet werden muß."

Lenin sagt: "...dazu ist Propaganda allein, Agitation allein zu wenig. Dazu bedarf es der eigenen politischen Erfahrung dieser Massen. Das ist das grundlegende Gesetz aller großen Revolutionen..."

Nicht nur die auf niedriger Kulturstufe stehenden, oft des Lesens und Schreibens unkundigen Massen Rußlands, sondern auch die auf hoher Kulturstufe stehenden...Massen Deutschlands mußten am eigenen Leibe die ganze Ohnmacht, die ganze Charakterlosigkeit, die ganze Hilflosigkeit, die ganze Liebedienerei gegenüber der Bourgeoisie, die ganze Gemeinheit der Regierung der Ritter der II. Internationale (d.h. der verräterischen Führer der Sozialdemokratie während und nach dem 1. Weltkrieg - d.Red.), die ganze Unvermeidlichkeit der Diktatur der äußersten Reaktionäre... erfahren als einzige Alternative gegenüber der Diktatur des Proletariats, um sich entschieden dem Kommunismus zuzuwenden." ("Der 'linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus", zitiert nach Stalin, "Über die Grundlagen des Leninismus", Peking 1972, S. 1o5).

R.W., Wien

Wir begrüßen es sehr, wenn die Leser unsere Artikel zum Anlaß nehmen, um das Dargelegte mit den einschlägigen Lehren der Klassiker des wissenschaftlichen Kommunismus zu vergleichen. (Jeder, der so etwas tut, hebt damit sein ideologisches Niveau.)

Wenn wir sagen, die klassenbewußten Arbeiter müßten notwendigerweise zur Erkenntnis gelangen, daß die Kapitalsdiktatur gestürzt und die Volksmacht errichtet werden muß, dann bedeutet das Wort „notwendigerweise" ein objektives „Muß". Es ist eben die wirtschaftliche, soziale und politische Notlage der arbeitenden Menschen, es sind ihre eigenen Nöte, die sie an die Schwelle der Erkenntnis ihrer Lage und ihrer geschichtlichen Aufgabe bringen; doch zu dieser Erkenntnis gelangen sie nur durch die – praxisverbundene! – Propaganda und Agitation der Marxisten-Leninisten, die ihnen echtes, tiefes Klassenbewußtsein vermittelt.

Nichts anderes haben wir in unserer Grundsatzerklärung ausgesagt und ebenso in der kürzlich erschienenen Artikelserie der „Volksmacht" über die objektiven Perspektiven der revolutionären Bewegung in Österreich sowie im 9-Punkte-Programm der VRA über ihre Betriebsarbeit und ihr Verhalten zu den Gewerkschaften. Deshalb ist jede Empfehlung einer den gegebenen Verhältnissen nicht entsprechenden und daher abenteuerlichen Taktik falsch, ist vor allem jede Unterschätzung oder gar Mißachtung der SP-Arbeiter, welche die große Mehrheit des österreichischen Proletariats bilden, aber kraft der objektiven Verhältnisse noch nicht, wie Lenin feststellt, mit der Avantgarde allein siegen. Eine Revolution ist nur dann siegreich, wenn sie das Werk der Volksmassen selbst ist, wenn „wirklich die ganze Klasse, ... wirklich die breiten Massen der Werktätigen und vom Kapital Unterdrückten" dem Klassengegner die Gefolgschaft aufgekündigt haben und – sowohl direkt wie indirekt – die revolutionäre Vorhut unterstützen. Das lehrt uns Lenin, und diesen Lehren bemühen wir uns zu folgen.

Die Redaktion ●

Vielleicht werden dich eines Tages die Kinder verfluchen, daß du an das Oberflächliche, Zeitweilige gedacht hast, daß du aber nicht dafür gesorgt hast, daß die tiefliegenden Gründe, die dauernden Ursachen für Krieg und Krise, beseitigt werden, nämlich: das kapitalistische Ausbeutungssystem."

So verlaufen bei uns die Diskussionen. Und zum Schluß gibt es niemanden, der nicht zu klagen hätte: über die Ratenzahlungen, über den hohen Zins für eine Neubauwohnung usw. Wieviel Überstunden muß einer leisten, um das alles bezahlen zu können, was ihm die "Konsumgesellschaft" abverlangt? Wieviel du auch verdienst, ist für all das - und für Reparaturen und sonstige Ausgaben - der Lohn im Nu weg. Das muß ja auch so kommen. Sind denn die Kapitalisten und ihre ÖGB-Bonzen blöd? "Willst du dir all das leisten, was wir zu bieten haben (nämlich dank der Arbeit der Werktätigen!), dann mußt du noch deine Frau in die Arbeit schicken. Und die Kinder noch dazu. Wieviele hast du? Zwei? Auch die mußt du in die Profitmühle schicken, wenn deine Familie ihr Auskommen finden soll." So sprechen faktisch die Kapitalisten und ihre Handlanger zu den Arbeitern.

Das ist eben die ungeschminkte Wahrheit über unser tägliches Leben. Das ganze Le-

zu einem Bumerang werden können, wenn es uns nicht gelingt, auch die Kollegen in anderen Betrieben zu ähnlichen Kämpfen und Erfolgen zu ermuntern. Sonst könnten wir ja isoliert werden. Wir sagen deshalb auch in unseren Versammlungen, daß letzten Endes unsere Kampferfolge nur dann einigermaßen von Bestand sind, wenn es uns gelingt, die anderen Betriebe zu mobilisieren. ●

Die Rauferei fand nicht statt

Aber die Polizei hätte wohl gern den „Friedensstifter" gespielt



Mit einiger Besorgnis betrachten die Bourgeoisie und SPÖ und ‚K'PÖ, daß am 1. Mai auf der Ringstraße immer mehr arbeitende Menschen sich für unseren Stand, unsere Kundgebung und die Agitation unserer und anderer revolutionärer Gruppen interessieren. Schon in früheren Jahren versuchten sie — wenn auch ohne Erfolg mit verschiedenen provokatorischen Mätzchen unsere Agitation zu stören. Von der verfälschenden oder verschleiernden Berichterstattung gar nicht zu reden.

Heuer glaubten sie besonders schlau zu sein. Es kam ihnen gelegen, daß unsere Bestrebungen, mit KB Wien, MLS und RSB den 1. Mai gemeinsam zu gestalten, kein festes Ergebnis brachten. Diese unklare Situation (gepaart mit einer verwirrenden und verworrenen Einstellung z. B. zur Gewerkschaftsfrage) erschien dem „linken" Establishment besonders günstig, um die seit Jahrzehnten bewährte trotzkistische Provokateure-Agentur, hierzulande unter dem Firmennamen „Gruppe revolutionärer Marxisten" (Firmenchef ein Herr Dworcsak), vorzuschicken, um im trüben zu fischen. Die Polizei trat dabei offen (eigentlich zu offen) als Organisator der trotzkistischen Provokation auf. Als Sammelplatz zur KB- und MLS-Demonstration war nämlich das Äußere Burgtor bestimmt, wohin auch prompt die Trotzkisten ihren Treffpunkt verlegten. Das war gegenüber unserem Kundgebungsplatz.

Merkwürdig, sehr merkwürdig diese Weisungen, wo doch die Polizei sonst immer dafür „sorgt", daß alles fein auseinandergehalten wird, damit es keine „Wirbel" gibt. Die logische Schlußfolgerung: Es sollte diesmal wohl einen Wirbel geben. Die Arbeiter auf der Ringstraße sollten den Eindruck erhalten: „Was sind das schon für Leute, die uns sagen wollen, wie man in Österreich Revolution machen soll und die dann derart untereinander raufen, daß die Polizei eingreifen muß . . ." Und die Polizei schickte einen erklecklichen Haufen ihrer Leute hin — zum Mitraufen?

Damit auch alles klappt, ließen die Trotzkisten ein Flugblatt verteilen, das praktisch eine Erpressung gegenüber KB, MLS und RSB war. Kaum verhüllt wurde diesen Organisationen mit Gewaltakten gedroht, falls die Trotzkisten mit ihren Transparenten nicht an deren Demonstration teilnehmen dürften. Unsere besonnene Haltung und die der KB- und MLS-Mitglieder, mit denen wir ein freundschaftliches Einvernehmen herstellen konnten, verhinderte den ärgsten Teil der geplanten Provokation: die Rauferei. Was KB, MLS und RSB auf Grund des Polizeidrucks nicht verhindern konnten, war die Teilnahme der trotzkistischen Agenten an dem Demonstrationszug. Dieser Teil der Provokation gelang also.

Die Lehre daraus: Was seitenlange theoretische Artikel oft nicht zustandebringen, zeigen diese Geschehnisse am 1. Mai klarer denn je. Die Trotzkisten sind, was sie immer waren: Polizeiagenten des kapitalistischen Establishments. Wo sie in den Reihen der Revolutionäre auftauchen, müssen sie entlarvt und hinausgeworfen werden. Der beste Schutz gegen die trotzkistische Provokation: die Einigung aller ehrlich revolutionären, aller wirklich marxistisch-leninistischen Kräfte!

Zur Illustration am Rande: Laut Augenzeugenberichten unterhielten sich Kolporteure des Trotzkisten-Blattes mit einem Ordner des SP-Zuges eingehend darüber, wo sie am besten ihre „Ware" an den Mann bringen könnten. Aktivisten der VRA haben mit SP-Ordnern andere Erfahrungen gemacht. ●

ben des Arbeiters und seiner Familie wird so vernutzt für die Profitbedürfnisse des Kapitals. Das ist gar nicht so schwer zu verstehen für Menschen, die so schwer arbeiten wie bei uns im Transportgewerbe.

Die Sache ist sogar noch schlimmer. Um dieses Lohnsklavenleben fristen zu können, muß sich der Arbeiter immer mehr in Schulden verstricken. Da haben wir einen jungen Arbeiter, der geradezu Angst hat: "Was mach' ich, wenn ich die Arbeit verlier'", fragt er. "Wie bezahle ich dann meine Schulden!"

Zusammenfassend muß ich sagen: Die Hauptsache ist, daß die proletarische Politik bei allem das Kommando innehaben muß. Hätten wir Marxisten-Leninisten in unserem Betrieb uns nicht an diese richtungsweisende Lehre Mao Tsetungs gehalten, dann hätten wir die Revisionisten nicht schlagen können. Dann hätten wir auch nicht jene Kollegen, die noch von der SPÖ oder ÖVP beeinflußt sind, zumindest neutralisieren können. Nur durch die richtige politische Argumentation erkennen die Kollegen, ob es alte oder junge Arbeiter sind, woher auch immer sie kommen mögen, daß alles, was der Klassengegner durch seine Parteien sagt, nur Demagogie ist, daß die Arbeiter den Betrug durch die Praxis am eigenen Leib spüren und daß es dagegen nur den gemeinsamen Kampf aller Werktätigen gegen das kapitalistische System und seine Handlanger geben kann. Das ist eben ein Sprung im Bewußtsein der Menschen: von der tagtäglichen praktischen Erfahrung zur Überzeugung von der Notwendigkeit des radikalen politischen Klassenkampfes.

Wenn man sich die Menschen anschaut, die noch vor kurzem keine Ahnung von den wahren politischen Zusammenhängen gehabt haben, so sieht man, daß sie heute, wenn man ihnen etwas von Karl Marx vorliest, klar einsehen: Anders kann es gar nicht sein. Und anders können die Zustände auch nicht geändert werden. Weil die Menschheit überhaupt keine Möglichkeit hat, anders fortzuexistieren als durch eine Änderung der Gesellschaftsordnung, durch den Sturz des kapitalistischen Systems. Sonst käme es nur zu ihrer Selbstvernichtung.

Manche fragen: "Was soll das Studium des 'Kommunistischen Manifests'?" Ich zeige ihnen, daß die grundsätzlichen marxistischen Gedanken helfen, die heutigen Probleme zu verstehen. In der Praxis den Menschen zu überzeugen, daß die wissenschaftlichen Erkenntnisse des Marxismus-Leninismus mit seiner eigenen Lebenserfahrung übereinstimmen - darauf kommt es an!

Wir haben oft Aussprachen über solche Fragen, sowohl im Betriebsrat wie überhaupt mit allen, die daran teilnehmen wollen. Jetzt beabsichtigen wir, die "Neun-Punkte-Erklärung" der VRA über die Betriebsarbeit und die Stellung zu den Gewerkschaften zu studieren und zu diskutieren. Das wird unser nächster Schritt sein. Jetzt sind die Kollegen so weit, daß man den Schritt machen kann. Die Voraussetzungen dazu sind bereits geschaffen worden. Die Kollegen selbst erwähnen in Gesprächen, daß sie diese Erklärung der VRA gelesen haben und daß sie sich dafür interessieren.

Frage: Welche praktische Möglichkeit gibt es, mit den Erfahrungen aus deinem Betrieb zu den Arbeitern in anderen Betrieben eurer Branche oder in anderen Branchen zu kommen?

Antwort: In Kampfsituationen ist so etwas leicht. Es gibt aber jederzeit Probleme bei Kollegen in anderen Betrieben, die ähnlich gelagert sind, zu deren Lösung also wir mit unseren Erfahrungen beitragen können.

So haben wir z.B. eine Erhöhung der Ist-Löhne durchgesetzt, obwohl bei der "Lohnrunde" vom 3. Jänner 1972 in unserer Branche für die allermeisten praktisch überhaupt nichts herausgeschaut hat, weil nur die Kollektivvertrags-Löhne erhöht, die Ist-Löhne aber nicht berücksichtigt wurden. Das war das Ergebnis unserer starken Position im Betrieb. Weiter: Innerbetriebliche Vorteile auf dem Gebiete des Arbeits- und Sozialrechts - wie z.B. Abfertigung für Arbeiter und Verbesserung diesbezüglicher Klauseln (z.B. bei Lebensgemeinschaft), Zuschuß zu den Kosten eines Spitalaufenthaltes in Höhe von S 50,- täglich usw. - haben wir uns im Laufe der Zeit erkämpft: und davon wissen die Kollegen in anderen Betrieben unserer Branche oft gar nichts. Wir können und sollen diesen Kollegen klarmachen, daß es tatsächlich harte Kämpfe waren und daß wir sie nur gewonnen haben, weil der Betriebsrat aufs engste mit der gesamten Kollegenschaft zusammengearbeitet hat und sich voll und ganz auf sie stützen konnte.

Die Aufgabe, unsere Betriebserfahrungen nach außen zu tragen, steht uns jetzt bevor. Es ist doch so, daß unsere Erfolge

Die Baraber von der Bau-Montage

Da sagen manche: Ja, die von der Bau-Montage, die können lachen; die reißen sich „wie nix" zehn „Fleck" und mehr pro Monat brutto unter den Nagel. Freilich, die Auftragslage ist glänzend, und die Perspektiven für das Unternehmen sind noch glänzender: Öl- und Gasleitungen werden gebaut, weitere geplant. Der Beschäftigungsstand ist gestiegen. Überstunden und Samstagarbeit sind geradezu eine Selbstverständlichkeit.

Was bedeutet das in der Praxis?

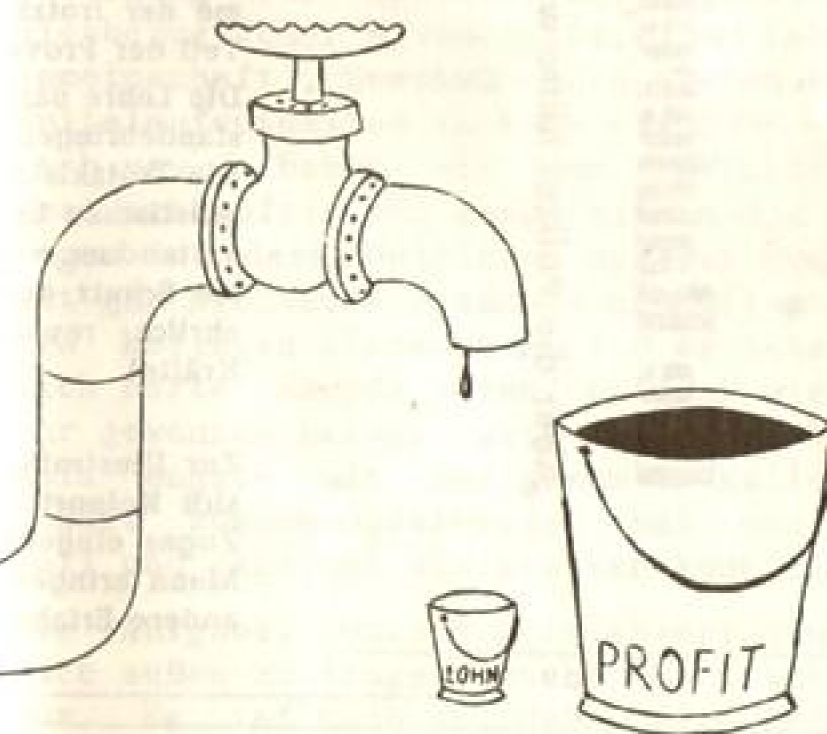
Zunächst einmal ein paar offizielle Ziffern über die Ertragslage beim staatlichen Unternehmer. 1972 betrug, wie "Die Presse" am 24. März berichtete, der Umsatz der verstaatlichten Chemie- und Erdölindustrie 19,9 Milliarden Schilling bei einem Beschäftigungsstand von 15.460 Arbeitern und Angestellten. Das heißt: Auf jeden "Arbeitnehmer" entfiel ein Jahresprodukt im Wert von 1,287.192 Schilling. Wenn man davon großzügig ca. die Hälfte auf Amortisation der Maschinen und Baulichkeiten sowie auf Materialien von Zubringerbetrieben veranschlagt, verbleiben etwa 640.000 Schilling, die jeder Beschäftigte im Durchschnitt an tatsächlichem Neuwert produziert hat. Wieviel hat er aber davon selbst als Lohn oder Gehalt bekommen? Wieder großzügig berechnet, höchstens ca. 133.000 Schilling im Jahr, wenn man die Millionengehälter der Spitzenmanager sowie die "Lohnkosten" (Unternehmerbeitrag zur Sozialversicherung u.ä.) mit in den "Durchschnittstopf" wirft.

Folglich entfallen auf einen Lohnschilling ungefähr vier Profitschillinge (130.000 + 510.000 = 640.000). Diesen Profit zieht der staatliche Unternehmer im Durchschnitt aus unbezahlter Arbeit der Werktätigen in dieser Branche. Das bedeutet, daß der Arbeiter in einer Stunde 12 Minuten für sich (als Leistung für den Lohn), aber 48 Minuten umsonst für den staatskapitalistischen Unternehmer arbeitet!

Der Arbeiter kommt in der Regel mit seinem Lohn für die gesetzliche 40-Stunden-Woche nicht aus. Er braucht mehr, um den Bedarf an den ihm angebotenen Konsumgütern zu decken. Er geht also bereitwillig auf Überstunden und Samstagarbeit ein. Was heißt das aber in der Praxis? Leistet er wochentags Überstunden, so erhält er 50 Prozent Zuschlag. Dann bedeutet das immer noch eine zusätzliche unbezahlte Mehrarbeit von 42 Minuten pro Überstunde für den Unternehmer. Macht ein Arbeiter eine Samstagschicht, dann wird pro Stunde ein Zuschlag von 100 Prozent "gewährt"; er arbeitet dann 24 Minuten für sich, doch der staatliche Unternehmer erhält in jeder Stunde an Samstagen eine unbezahlte Mehrarbeit von 36 Minuten.

Lassen wir aber nun die Arithmetik der Ausbeutung, besehen wir uns den Alltag der Ausbeutung.

Nehmen wir beispielsweise unsere Arbeitspartie von 20 Mann. Wir sind an der 'TAG' beschäftigt, legen derzeit die Erdgas-Rohrleitung bei Orth (über die Donau in Richtung Fischamend). Wir arbeiten im Freien, bei Wind und Wetter. Die Arbeit ist mühselig und drekkig, wir hausen tagsüber in ganz miesen Wohnwagen, verlieren täglich bis zu drei Stunden für Hin- und Rückfahrt. Wie weit die Fahrtzeiten vergütet werden, bleibt sich der Sache nach gleichgültig. Jedenfalls geht das alles auf Kosten unserer durch Überstunden sowieso karg bemessenen Freizeit. Wer eine Familie hat, muß in der Regel um



5 Uhr früh aufstehen und kommt erst ca. um 7 Uhr abends nach Hause. Da gehen die Kinder bereits wieder schlafen. Wo bleibt dann das Familienleben? Von Zeit für Bildung und politische Betätigung ganz zu schweigen.

Doch nicht genug damit. Die Antreiberei wird immer ärger, die Arbeitsbedingungen werden immer schlechter. Früher hatten wir z.B. einen eigenen Wagen, in welchem wir uns mit durch Propangas gewärmtem Wasser waschen konnten. Jetzt hat sich das sang- und klanglos aufgehört. Wir müssen uns einfach in Kübeln waschen. Oder: Früher gab es eine regelmäßige Frühstückspause. Einmal hieß es, wir sollten doch weiterarbeiten, um "fertigzumachen", wir könnten ja die Pause verschieben. Gutmütig gingen wir - ausnahmsweise, wie wir dachten - darauf ein. Mit der Zeit wurde es aber sozusagen zur Gewohnheit, daß die Frühstückspause so weit "verschoben" wurde, daß sie praktisch mit der Mittagspause zusammenfiel und damit ihren Zweck verloren hat.

So gibt es täglich neuen Ärger!

Da hat uns einmal, an einem Mittwoch, der Partieführer gesagt, der kommende Samstag würde - aus diesem oder jenem Grund - arbeitsfrei sein. Wer die Plakkerei von praktisch sechzig Arbeitsstunden pro Woche weidlich satt hat, war damit nur zufrieden. Und wir richteten unsere persönliche Zeiteinstellung entsprechend ein. Doch tags darauf erklärte der Partieführer, daß am kommenden Samstag doch gearbeitet werden müßte. Heißt das nicht, daß man mit uns willkürlich umspringt, als wären wir willenloses Arbeitsvieh?

Ein anderes Beispiel. Kürzlich gab es ausgiebige Niederschläge. Sogar der Grundwasserspiegel war gestiegen. Wir hatten die Rohre praktisch in einem Wasserlosh zu schweißen. Den ganzen Tag standen wir im Schlamm. Die Arbeit war daher weitaus beschwerlicher als üblich. Was scherte das den Partieführer? Das Pensum müsse eben geleistet werden, wären dazu auch unter den gegebenen Umständen eigentlich zwei Schichten erforderlich. Er trieb die Leute buchstäblich an. Klar, daß die murrten. Nach Arbeitsschluß glaubte der Partieführer, sich mit ein paar Worten der Entschuldigung über diese verschärfte Antreiberei hinwegsetzen zu können. Er versprach, als "Kompensation" zwei Stunden dazuzuschreiben. Tatsache bleibt aber, daß wir in <u>einer</u> Schicht die Arbeit von <u>zwei</u> Schichten (unter Berücksichtigung der erschwerten Arbeitsbedingungen) geleistet und damit dem staatskapitalistischen Unternehmer wieder einmal zusätzlichen Profit gebracht haben.

Kurz: Die Arbeiter der Bau-Montage barabern wie wild, um nur etwas mehr zu verdienen. Sie brauchen's halt. Sie sehen zumeist noch nicht, daß die erhöhte Antreiberei, der sie unterliegen, auf Kosten ihrer Gesundheit, ihrer Weiterbildung und ihres normalen Familienlebens geht. Wie lange kann denn ein Schwerarbeiter solche harte Bedingungen aushalten? Normalerweise müßte ein Arbeiter im Alter von 15 bis 65 Jahren voll arbeitsfähig sein, seine Familie erhalten und einen Arbeiternachwuchs aufziehen. Bei einer solchen Hetzarbeit hält man es aber doch kaum 15-20 Jahre aus, wird häufig vor der Zeit arbeitsunfähig.

Das ist die grausame Wirklichkeit der kapitalistischen Ausbeutung bei uns "hochbezahlten" Arbeitern der ÖMV. Viele Kollegen sind jung, kamen erst vor kurzem aus dem Dorf. Sie haben noch kein ausgebildetes Klassenbewußtsein. Unsere Aufgabe ist es, ihnen dieses Bewußtsein zu vermitteln. Sie sollen das großartige Wort verstehen lernen, das dem Proletariat Kraft zur Gegenwehr gegen die Ausbeutung durch das Kapital gibt, das Wort "Solidarität". Nur wenn wir alle zusammenhalten, nur wenn wir uns gegen jeden, auch den kleinsten Anschlag der Unternehmer auf unsere Menschenrechte solidarisch zur Wehr setzen, können wir uns behaupten, können wir weiterkommen!

Unsere Aufgabe, als Marxisten-Leninisten, als revolutionäre Arbeiter, ist es, unseren jungen bzw. neu zur Arbeiterklasse gestoßenen Kollegen an Hand ihrer eigenen Lebenserfahrungen zu zeigen, was Lohnsklaverei, was kapitalistische Ausbeutung bedeutet; sie auf Grund dieser selbst gemachten Erfahrungen zum Kampf für den Sturz der Ausbeuterordnung, für den Kampf um die Macht des Volkes zu gewinnen.

H.N. ●